



Eine neue soziale Idee wagen - Alternativen zur Politik der großen Koalition

Nachricht, 22. Dezember 2005

Anhörung der Fraktion DIE LINKE. zu gesellschaftlichen Folgewirkungen der Koalitionspolitik und zur Entwicklung von Gegenstrategien

Am 9. Januar 2006 veranstaltet DIE LINKE. ihre erste öffentliche Anhörung. Wir wollen das politische Jahr 2006 mit einer Debatte über solidarische Alternativen zur Politik der großen Koalition beginnen. Mit Sachverständigen aus Wissenschaft und Verbänden sollen die Auswirkungen der Koalitionspolitik auf Konjunktur und Arbeitsmarkt, auf die soziale Lage insbesondere von Frauen, Kindern, Rentnerinnen und Rentnern und Arbeitslosen sowie auf die Situation der öffentlichen Haushalte diskutiert werden. Zum anderen soll die Veranstaltung ein Forum zur Entwicklung und Präsentation von gesellschaftlichen Gegenstrategien und alternativen Politikansätzen sein.

Die Veranstaltung beginnt um 10.00 Uhr und endet um 16.15 Uhr. Ort: Großer Anhörsaal 3101,

Deutscher Bundestag, Marie-Elisabeth-Lüders-Haus,
Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1.

10.00 Begrüßung und Einleitung: Inge Höger-Neuling

10.15 - 12.00 Wieviel große Koalition verträgt die
Konjunktur?

- Rudolf Hickel (Uni Bremen und Memorandum-Gruppe) zur Konjunkturentwicklung;
- Gustav Horn (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Düsseldorf) zum Arbeitsmarkt;
- Gunnar Winkler (Präsident der Volkssolidarität) zur Lebenslage in Ostdeutschland
- Elmar Altvater (FU Berlin) zum internationalen Kontext

12.15 PK mit Oskar Lafontaine und Gregor Gysi vor
dem Großen Anhörungssaal 3101

13.00 - 14.30 Öffentliche Daseinsvorsorge nur noch
per Kassenkredit?

- Ulrich Busch (TU Berlin) zu öffentlichen Haushalten, insbesondere in Ostdeutschland;
- Alexandra Wagner (Forschungsteam internationaler Arbeitsmarkt, Berlin)
- Christiane Lindecke (WSI) zu Genderfragen;
- Christoph Butterwegge (Uni Köln) zu Kinderarmut

14.45-16.15 Sozial ist, was Arbeit schafft - koste es,
was es wolle?

- Axel Gerntke (Hauptvorstand der IG Metall,

Frankfurt am Main) zum Thema Rente;

- Harald Thomé (Tacheles e.V., Wuppertal) zu Erwerbslosigkeit;
- Sabine Reiner (Abteilung Wirtschaftspolitik der Gewerkschaft ver.di, Berlin) zu prekärer Beschäftigung